

Workshop „Durchsetzungskraft mit Charisma und Klarheit“ (31. Oktober 2017)



Zahlreiche Mitglieder der FDP Frauen sowie Interessentinnen nahmen am dritten Workshop in der PKZ Lounge teil. Referentin und Herz-Trainerin Christina Weigl zeigte, wie mit Emotionen und Stress besser umgegangen werden kann.

Die hilfreichen Übungen und Anleitungen waren verblüffend und zeigten grosse Wirkung. So holten sich viele Kandidatinnen Sicherheit für ihren Auftritt im Wahlkampf sowie für mehr Leadership in Stresssituationen. ■

Vereinbarkeit 2.0 (27. November 2017)



Wie kann der Spagat zwischen Beruf, Familie, Hobbies, Freiwilligenarbeit, Militär und Politik mit Erfolg gelingen? Im Rahmen der von Alexandra von Muralt moderierten Podiumsrunde wurde in Filippo's Lounge engagiert diskutiert. Die

emotionalen Rückmeldungen aus dem Publikum zeigten die verschiedenen Bedürfnisse und Lebensmodelle auf sowie die Möglichkeiten und Grenzen bei der Umsetzung in der privaten und wirtschaftlichen Realität. ■

Neujahrsapéro 2018 (8. Januar 2018)



Nachdem letztes Jahr Parteipräsidentin Petra Gössi unser Gast war, durften wir erneut hohen Besuch aus Bern empfangen. Ständerätin Karin Keller-Sutter berichtete von ihrer Rolle als Ständeratspräsidentin 2017/2018 und gab einen

Einblick in die aktuelle Bundespolitik. Auf grosses Interesse stiessen ihre Ausführungen zur Europapolitik sowie zur Reform der Altersvorsorge. Anschliessend gab es Gelegenheit für ein persönliches Kennenlernen. ■

Unerfüllter Kinderwunsch? Grenzen und Möglichkeiten in der Schweiz (1. Februar 2018)



Ein mit Expertinnen und Experten aus Medizin, Recht, Ethik und Politik hochkarätig besetztes Podium diskutierte die Möglichkeiten und Grenzen des Elternwerdens. Mit umfassenden medizinischen Darlegungen – von der künstlichen Befruchtung

bis hin zur Leihmutterchaft – führte Professor Imthurn fachlich in das Thema ein. Die anschliessenden Kurzreferate lieferten weitere wichtige Informationen und vervollständigten das hochkomplexe Bild. ■



Social Media, Du schöner (Alb-)Traum!

Ab August 2018 wird der Lehrplan 21 im Kanton Zürich etappenweise eingeführt. Wesentliches Element des neuen Lehrplans ist das über alle Klassen laufende Modul „Medien und Informatik“. Was heisst das für den Umgang mit den neuen Medien?

Mit dem gemeinsamen Lehrplan für die Volksschule werden die 21 deutsch- und mehrsprachigen Kantone die Unterrichtsziele harmonisieren. Fester Bestandteil des neuen Lehrplans ist das Modul „Medien und Informatik“. Dank diesem lernen die Schülerinnen und Schüler Medien interaktiv zu nutzen sowie mit anderen zu kommunizieren und zu kooperieren.

Kinder und Frauen besonders betroffen

In einer Zeit, wo Instagramposts und Snapchatlopps Kasperli- und Trudi Gerster-Märli abgelöst haben, ist der Umgang mit den (sozialen) Medien und ihr Bezug zur Realität ein wichtiges Element der Grundbildung. Neue Probleme wie Sexting, Cyberbelästigung und Sextortion stellen neue Herausforderungen, denen wir uns stellen müssen. Die

FDP Frauen Kanton Zürich möchten diesem Thema, welches neben unseren Kindern auch die Frauen besonders betrifft, eine breite Diskussion widmen.

Braucht es Schranken oder nicht?

Im Rahmen eines Podiums am 11. September 2018 im Restaurant Metropol mit Expertinnen und Experten soll beleuchtet werden, wie Medien interaktiv genutzt und mit anderen kommuniziert und kooperiert werden kann, ohne sich und andere dabei zu schaden. Welche Auswirkungen haben die sozialen Medien auf unser soziales Verhalten? Wie können Eltern ihre Kinder schützen und unterstützen? Welche Rolle kann und soll die Schule übernehmen? Bis hin zur Frage, welche Schranken müssen Justiz und Politik setzen?

Podium mit Social Media-Experten

Der Professor für Mediensozialisation und Medienkompetenz Daniel Süss, die Medienanwältin Rena Zulauf und Jugendmedienschutz-Beauftragter Michael Inalbon (Swisscom, Schulen ans Netz) und Wirtschaftsinformatikerin Sabine Wettstein-Studer (Mitglied der Kommission für Bildung und Kultur des Zürcher Kantonsrat) diskutieren diese Fragestellungen. Moderiert wird der Anlass von Pia Guggenbühl, Vorstandsmitglied der FDP Frauen Kanton Zürich. ■

**Podium
„Social Media, Du schöner (Alb-)Traum!“
Restaurant Metropol,
11. September 2018, 18.30 Uhr.
Anmeldung bis 18. August 2018 an
s.stoffel@fdp-frauen-zh.ch**



Mitgliederversammlung der FDP Frauen Kanton Zürich 29. Mai 2018, 18.00 Uhr, Restaurant Metropol

Die ordentliche Mitgliederversammlung der FDP Frauen Kanton Zürich findet dieses Jahr im Restaurant Metropol, Zürich, von 18.00 bis 19.00 statt. Im Anschluss erwartet uns mit Prof. Dr. Gudrun Sander, Direktorin Kompetenzzentrum für Diversität und Inklusion der Universität St. Gallen eine hochkompetente Referentin. Sie wird in ihrem Referat zu den zentralen Faktoren für eine stärkere Vertretung von Frauen im Erwerbsleben, in Führungspositionen und Verwaltungsräten sprechen.

Impressum

Konzept/Text: Pia Guggenbühl & Sibylla Stoffel-Hahn • Design/Grafik: Harry Bruppacher Grafik • Druck: K-Production AG • Auflage: 10'000 Ex. • Erscheint 2x jährlich
Verlag und Redaktion: FDP. Die Liberalen, Postfach 6136, 3001 Bern • Das Bulletin FDP Frauen Kanton Zürich ist eine Beilage zur Kantonsausgabe Zürcher Freisinn.



Editorial

Mehr Frauen – gemeinsam gelingt's!

„Je rechter eine Partei, desto tiefer der Frauenanteil“, „Zu wenig Frauenkandidaturen“, „Jetzt freie Fahrt für gute Frauen!“... die Schlagzeilen überschlagen sich, was die bessere Frauenvertretung im Bundesrat sowie grundsätzlich in Politik und Wirtschaft anbelangt. Die Forderungen nach Quoten sind lauter geworden und daran scheiden sich die Geister (und manchmal auch die Generationen). Die FDP Frauen Kanton Zürich stellen nicht einfach Forderungen, sondern arbeiten gezielt auf eine stärkere Frauenvertretung hin. Diese Arbeit beginnt für uns an der Basis, aktuell mit dem Aufruf an die Bezirksparteien, auf ein ausgeglichenes Geschlechter-Verhältnis in der FDP-Fraktion des Kantonsrats hinzuwirken (siehe Seite 3). Denn eines ist klar: Zu schaffen ist es nur, wenn alle in der Partei am gleichen Strick ziehen. Und den Frauen selbst sei gesagt: (Noch) mehr Mut zur Kandidatur!

Ihre Sibylla Stoffel-Hahn, Präsidentin FDP Frauen Kanton Zürich

Scheidung tut weh – den Frauen mehr?

Welche finanziellen Auswirkungen hat eine Scheidung auf die berufliche Vorsorge der Frau? Seit Anfang 2017 gilt eine neue Regelung, wie das Vorsorgeguthaben bei einer Scheidung aufgeteilt wird.



Waren es 1970 in der Schweiz erst 15 Prozent, liessen sich 2016 über 40 Prozent der Eheleute scheiden. Mit der im letzten Jahr in Kraft getretenen Neuregelung des Vorsorgeausgleichs wird bei einer Scheidung oder Auflösung einer eingetragenen Partnerschaft das Guthaben aus der beruflichen Vorsorge unter den Ehegatten oder den Partnern/innen gerechter aufgeteilt. Wer während der Ehe Betreuungsaufgaben wahrgenommen hat und deshalb nicht über eine ausreichende eigene berufliche Vorsorge verfügt – häufig die Ehefrau – soll bei einer Scheidung nicht mehr benachteiligt werden.

Die Informationsbroschüre „Berufliche Vorsorge bei Scheidung: Leitfaden für verheiratete und eingetragene Paare“ vermittelt in verständlicher Form grundlegendes Wissen über die wichtigsten Aspekte und Gesetzesbestimmungen des schweizerischen Scheidungsrechts und gibt Antworten auf vorsorgerelevante Fragen, gemeinsame elterliche Sorge und Kindesunterhalt. Die Broschüre kann beim Bundesamt für Bauten und Logistik BBL bestellt werden: www.bundespublikationen.admin.ch

Die Informationsbroschüre „Berufliche Vorsorge bei Scheidung: Leitfaden für verheiratete und eingetragene Paare“ vermittelt in verständlicher Form grundlegendes Wissen über die wichtigsten Aspekte und Gesetzesbestimmungen des schweizerischen Scheidungsrechts und gibt Antworten auf vorsorgerelevante Fragen, gemeinsame elterliche Sorge und Kindesunterhalt. Die Broschüre kann beim Bundesamt für Bauten und Logistik BBL bestellt werden: www.bundespublikationen.admin.ch

Ein hochriskantes Experiment mit teuren Folgen, das die Nationalbank schwächt.



Vollgeld-Initiative Nein.

www.vollgeldinitiative-nein.ch

Persönlich

Fünf Fragen an Barbara Günthard-Maier



Ein nachhaltiger Einsatz der Ressourcen sowie die Sicherheit und Umwelt fest im Blick: Die Stadträtin Barbara Günthard-Maier engagiert sich in der Winterthurer Exekutive für liberale Lösungen. Eben wurde sie für eine zweite Legislatur wiedergewählt.

1. Was hat Sie bewegt, in die Politik einzusteigen?

Als Journalistin habe ich das politische Geschehen „nur“ kommentiert - heute als Politikerin übernehme ich Verantwortung und präge die Geschehnisse aktiv mit! Der FDP bin ich beigetreten, weil mich die wachsenden Sozialausgaben zunehmend erschreckten: Der Bund beispielsweise gibt heute vier Mal so viel im Sozialbereich aus wie noch vor 25 Jahren, nämlich rund 24 Milliarden Franken. Das ist ein Drittel des Bundesbudgets! Damit war für mich klar: So kann es nicht weiter gehen! Wenn wir unsere Sozialwerke auch für unsere Kinder erhalten wollen, müssen wir jetzt eingreifen und konsolidieren statt weiter ausbauen! Das will ich zusammen mit der FDP.

2. Weshalb sind Sie Mitglied bei den FDP Frauen Kanton Zürich?

Weil es Spass macht, mit diesen Power-Ladies zu politisieren.

3. Wo liegen die Prioritäten Ihrer politischen Arbeit?

Als Stadträtin möchte ich Winterthur als lebendiges Brooklyn der Schweiz und Modellstadt neben Zürich/Manhattan positionieren: Hier ist mit Eigeninitiative noch vieles möglich! Als Vorsteherin des Departementes Sicherheit und Umwelt trage ich zusammen mit meinen Mitarbeitenden zur freien Entfaltung des Individuums bei, indem wir für Sicherheit sorgen. Zudem suchen wir stets nach nachhaltigen Lösungen, damit die Ressourcen auch noch für unsere Kinder reichen!

4. Wie verbringen Sie am liebsten Ihre Freizeit?

Beim Joggen, Biken, Lesen und zusammen mit meiner Familie und Freunden.

5. Mit welchem politischem Gegner streiten Sie sich am liebsten?

Als Exekutivpolitikerin ist es meine Aufgabe, von meinem Standpunkt aus zusammen mit „politischen Mitbewerbern“ Lösungen zu finden. Nach Gesprächen mit „fordernden“ Partnern ist es mir beispielsweise gelungen, einfachere Bewilligungstools für Veranstaltungen oder verlängerte Öffnungszeiten für Gartenbeizen an geeigneten Lagen zu bieten: Liberale Lösungen für aktuelle Anliegen in Städten! So macht's Spass!

Nach den Wahlen ist vor den Wahlen

Für die diesjährigen Wahlen auf Gemeindeebene haben sich die FDP Frauen Kanton Zürich im ganzen Kanton für eine starke Vertretung von Frauen auf vorderen Plätzen eingesetzt. Bei einer gut besuchten und engagiert geführten Podiumsstafette konnte eine grosse Anzahl von Kandidatinnen das Know-how aus verschiedenen Workshops der FDP Frauen Kanton Zürich einsetzen. Auch für das Wahljahr 2019 gilt: Mit den FDP-Frauen ist zu rechnen!

2018 kämpften viele weibliche FDP-Politikertalente für die unterschiedlichsten Ämter auf Gemeindeebene. Ihre vielseitigen Lebensläufe zeigen Erfahrung, Kompetenz und Engagement aus verschiedenen gesellschaftlichen Perspektiven.

Ausgeglichenes Geschlechterverhältnis als Ziel

Für die kantonalen Wahlen 2019 gilt es, diesen Schwung mitzunehmen! Aktuell hat die FDP im Kantonsrat in der 30-köpfigen Fraktion mit 11 Frauen einen respektvollen 30 Prozent-Anteil. Ein Vermutstropfen ist, dass dieser Anteil in der Vergangenheit schon höher war. Die FDP Frauen Kanton Zürich wollen diesen Anteil deshalb wieder deutlich erhöhen und streben ein ausgeglichenes Geschlechter-Verhältnis in der Fraktion an.

Damit dies gelingt, empfehlen die FDP Frauen Kanton Zürich den Bezirksparteien eine starke Vertretung von Kandidatinnen auf den Wahllisten. Sie sollen reelle Wahlchancen haben mit einer Platzierung auf den vordersten Listenplätzen. Der FDP muss es gelingen, auch bei den nächsten Wahlen einen guten Mix von Frauen und Männern, aus unterschiedlichen Berufen, Erfahrungen und Alter zu schaffen.

Wählerpotential bestmöglich ausschöpfen

Wir sind überzeugt, dass wir unser Wählerpotential mit gut gemixten Listen besser abholen und stärken können: Die FDP als moderne, zukunftsorientierte und liberale Macherpartei muss die Geschlechter und Generationen gleichermassen vertreten und abholen können. ■



«Mit der Vollgeld-Initiative drohen weniger und teurere Kredite»

Die Schweizerische Nationalbank (SNB) lehnt die Vollgeld-Initiative, über die wir am 10. Juni abstimmen, entschieden ab. Dr. Petra Gerlach, Leiterin Geldpolitische Analysen bei der SNB, erklärt weshalb.



Die Vollgeld-Initiative will die Art, wie Geld in Umlauf gebracht wird, grundlegend verändern. Was wäre der wesentliche Unterschied?

Es gibt zwei wesentliche Unterschiede. Erstens soll die SNB das Geld «schuldfrei» in Umlauf bringen. Das heisst, wir würden es Bund, Kantonen und Bevölkerung schenken, anstatt es wie heute im Tausch gegen Devisen oder Kredite an Banken auszugeben. Und zweitens sollen Banken kein Geld mehr schöpfen dürfen. Dies tun sie heute, wenn sie beispielsweise an Haushalte oder KMU Kredite vergeben. Im Vollgeldsystem könnten die Banken zwar weiter im Kreditgeschäft tätig sein, wären aber wegen der dann verbotenen Geldschöpfung weniger flexibel. Das Resultat wären weniger und teurere Kredite.

Eigentlich erhält die Nationalbank damit mehr Macht. Wäre das nicht positiv?

Unser Mandat, die Preisstabilität zu gewährleisten, wäre schwieriger zu erfüllen, wenn wir das Geld «schuldfrei» verschenken. Es käme unweigerlich zum Ruf nach der Finanzierung von Staatsausgaben, und das führt meist zu Inflation.

Auch wären solche Finanzierungsentscheide politischer Natur – sie liegen nicht in der Kompetenz der Nationalbank.

Sie lehnen die Vollgeldinitiative also entschieden ab. Aber ist das Anliegen nicht nachvollziehbar?

Ganz generell setzt die Vollgeldinitiative am falschen Punkt an. Sie will die Finanzstabilität garantieren, indem sie den Banken die Geldschöpfung verbietet. Der Hauptgrund für Finanzkrisen sind aber das Unterschätzen von Risiken, das Entstehen von Vermögenspreisblasen und zu wenig Rücklagen. Es ist sinnvoller, direkt hier anzusetzen, wie es der Bund zum Beispiel mit den verschärften Eigenmittelvorschriften für Banken getan hat.

Die Initiative zielt vor allem auf die Geschäftsbanken. Hätte sie auch Auswirkungen auf den Rest der Wirtschaft?

Heute gehen über 90 Prozent aller Bankkredite in der Schweiz an Haushalte und KMUs. Sie wären direkt betroffen, wenn die Kreditkosten steigen. Es würde weniger investiert, und Wachstum und Wohlstand würden leiden. Zudem wäre eine Zentralisierung der Geldschöpfung bei der SNB weniger effizient, und die Banken würden weniger oder teurere Dienstleistungen anbieten. ■

